

Rheinsberger Zeitung

Ämliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Furmann

Druck und Verlag
C. Furmanns Buchdruckerei,
Rheinsberg

Anzeigen
für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend er-
scheinende Blatt werden mit 0,30 Mark für die 5 ge-
haltene Zeile oder deren Raum berechnet und bis
binnenmittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Bezugs-Preis
Für den Abnehmer des Abholstellen
beim Bezuge durch die Post 1,00 Mark. Durch
den Briefträger oder durch Post frei ins Haus gebracht
1,10 Mark.

Nr. 123

Fernsprecher

Sonnabend, den 18. Oktober 1930.

Nummer 37

36. Jahrgang

Berlin, den 17. Oktober 1930.

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg empfing das Prä-
sidium des neuen Reichstags.
— Das Reich hat auf das ihm zuzehende Optionsrecht
für 2,6 Millionen Mark Aktien der Emefa verzichtet.
— Nach Eröffnung der Wahlen begann im Reichstag
die politische Arbeit. Reichstagsrat Dr. Brüning verlas
seine Regierungserklärung.
— Der kommunizistische Mißtrauensantrag gegen das
Reichsministerium wurde im Landtag mit 233
Stimmen abgelehnt.
— Dr. Esser ist zum Präsidenten der Aeroartits er-
nannt worden.
— In Rom sind die Virgili-Feiern beendet worden.
— In New York haben zwei Männer durch Sturz
von Wolkenkratzern Selbstmord begangen.
— Bei Widenheim ist ein Auto in den Rhein gefah-
ren, der Fahrer ertrank.

Fortschritte zur Revision?

London, 17. Oktober.

Die Aussichten der deutschen Kampfbewegung gegen
den Versailles-Diktate und die Teilsabkommen erwei-
tern sich — von der britischen Elektrizitätsindustrie
bereits vor Monaten festgestellten — Störungen
des normalen Wirtschaftsverkehrs durch die Reparations-
anforderungen auf der anderen Seite, lassen das Ausland immer
mehr anfordern. Langsam dämmert die Erkenntnis
über die Unfertigkeit und die Unhaltbarkeit der heuti-
gen europäischen Verhältnisse auf. Eine Ausnahme
macht Frankreich, dessen Politik, sofern sie einen
Ausweg haben, sich nach wie vor in der Verteidigung
der Weltfriedenspolitik, „ungetriggert“ Verträge gestalten.

Wenn man dem „Daily Telegraph“ glauben darf,
so ist die französische Regierung einen Schritt in
London vor, durch den die Faltung der englischen
Regierung in der Revisionsfrage gelöst werden soll.
Es ergänzt diese Zeitung in einem von Professor
Gerrard geschriebenen Artikel ihre erste Mitteilung
darüber, das französische Anspruchsamt rechnet da-
mit, daß in den nächsten Jahren die deutsche Regie-
rung, wie sie auch zusammengefaßt sein möge, eine
Abänderung der Friedensverträge verlangen und da-
bei die Unterfütterung Italiens, Australiens, Österreichs
und Ungarns finden werde. Insbesondere rechnet
manrechtlich damit, daß Deutschland in naher Zukunft
den Youngplan abzulehnen, die Mißgabe des
Korridors und Danzigs, sowie die Zustimmung
zum Anschluß Deutschlands fordern werde.

Prof. Gerrothwohl ist der Ansicht, daß Frankreich
in diesen Fragen zu einem ausreichenden Entgegen-
kommen an Deutschland nicht bereit sein wird. Frank-
reich werde sich daher bemühen, von England ein
Verständnis zu erlangen, nach dem England Grenzen
gegen jede Verletzung der Verträge und Grenz-
verletzungen müßte. Professor Gerrothwohl fährt da-
mit fort:

„Es besteht Grund zu der Annahme, daß die
britische Diplomatie in diesen wichtigen Fragen nicht
über einig ist. Die Veteranen der Vorkriegs-
zeit lassen die Meinung der Dominions unbedacht
zu wahren noch immer die Wiederherstellung
der „Einheitsfront“ zwischen Großbritannien
und Frankreich. Sie glauben, daß es Großbritannien
auf diese Weise möglich sein würde, sowohl Frank-
reich als auch Deutschland im Zaume zu halten; der
zweite Faktor in der europäischen Politik, der durch
die Wiedergeburt Italiens als Großmacht entstanden
ist, lassen sie dabei übrigens unbeachtet. Sie glauben,
Großbritannien könne Frankreich durch Überwindung
seiner gegenseitigen und abnehmenden Haltung ver-
stärken und zugleich Deutschland durch eine „Me-
thode mit der Einseitigkeit“ an überleiteten Schritten
binden.“

Demgegenüber betont der Verfasser, daß die Dol-
den der Einheitsfront zwischen Großbritannien und
Frankreich den Völkern-Verpflichtungen Englands wider-
sprechen würde. Abgesehen davon sei es unklar,
ob ein einziges britisches Dominion mobil machen
könne an Frankreich, Deutschland, Italien oder Polen
eine Frage wie der des Korridors zu ver-
stärken und Geld und Blut für den Grundtag der
Welt oder die Machtparität zwischen der französischen
und der italienischen Flotte zu opfern.
Der Sinn dieses Artikels ist also der, was der
Verfasser im Schlußabsatz übrigens ausdrücklich betont,
Frankreich hat eine Rolle in der Revisionsfrage anzu-
nehmen. Hinsichtlich äußert sich S. A. Spender im
„Daily Chronicle“, der eine tragende Spaltung Grün-
den in zwei zum Kampf entschlossene Lager feststellt
und dabei Verständnis dafür aufbringt, daß die Auf-
rechterhaltung der Entwässerung Deutschlands in einer
Form, in der andere Mächte aufrücken und in Frank-
reich ein neuer Grenzwall stärkerer Festungen entsteht,

von der Mehrheit des deutschen Volkes als nationale
Demütigung empfunden wird. Die Spaltung Europas
sei daher nur um den Preis zu verhindern, daß man
diesem Gefühl seine Grundlage entzieht.

Das ist allerdings die einzige Möglichkeit, um
Europa für die Dauer zu beruhigen. Daß man das
in England einzusehen beginnt, ist sicher ein Fort-
schritt, nur genügt es in der Politik nicht, die Dinge
richtig einzusehen, sondern man muß auch gemäß
dieser Erkenntnis handeln. Wenn jetzt auch der Her-
ausgeber der Pariser Zeitung „Victoire“, Gustave
Dervé, kraftvoll die Revisionstendenz zu bläsen be-
ginnt, dann ist das gewiß interessant, angeht es
den großen Wandlungen dieses Mannes politisch aber ohne
Bedeutung, es sei denn, daß diese neueste Wendung
Herbes ferngehend ist für den Fortschritt des Re-
visionsgedankens.

Ranzlererklärung im Reichstag.

Vertrauens-Appeal der Regierung. — Bekanntgabe der
Wahl der Schriftführer.

Berlin, den 18. Oktober 1930.

Auch heute wieder erfuhr sich der Reichstag
eines regen Besuchs, so bemerkte man in der Loge
des Reichspräsidenten den japanischen Prinzen Taka-
masaki, einen Bruder des Kaisers von Japan, der
mit seiner Gemahlin interessiert die Verhandlungen
verfolgte. Auf der Tagesordnung stand die Ent-
gegennahme einer Regierungserklärung. Gleichzeitig
mit dieser Erklärung fanden die Wahl-Nachverordnungen
des Reichspräsidenten, das Kredit- und Schuldenbil-
dungs-gesetz sowie 21 Anträge zur Beratung, die Fragen
der Außen- und Innenpolitik betrafen und u. a.
die Aufhebung der Notverordnungen, die Revision
des Youngplans und die Durchführung eines Straf-
erlasses verhandelt.

Nach vor der Ranzler-Rede gab der Präsident das
Ergebnis der gestrigen Schriftführerwahl bekannt. Da-
nach entfallen von den zwölf Schriftführern des neuen
Reichstags drei auf die Sozialdemokratie, je zwei auf
die Nationalsozialisten und das Zentrum, und je einer
auf die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei,
das Landvolk, den Bayerischen Bauernbund und den
Christlich-sozialen Volksdienst.

Reichstagskanzler Dr. Brüning.

Der von der Kommunisten mit dem Ruf: „Wieder mit dem
Ranzlerdiktator“ empfangen wurde, begann seine Rede mit
einem Hinweis auf die weitere Wichtigkeit, die sich nicht
auf Deutschland allein beschränke. Die Reichsregierung legt
ein Wirtschaft- und Finanzprogramm vor, mit dem sie die
schlimmsten Wirkungen der wirtschaftlichen Krise zu beheben
gedenkt. Voraussetzung für die Durchführung dieses Pro-
gramms ist die Zustimmung der Reichstagskammern zur
Notverordnung, die die Reichsregierung am 26.
Juli 1930 erlassen hat.

Die Reichsregierung fordert die Ablehnung der Anträge
auf Aufhebung der Notverordnung.

Diese Verordnung ermöglicht die Bilanzierung des Reichs-
haushalts und damit eine Durchführung der Sozialpolitik.
Die Reichsregierung wird sich der Beratung der Notver-
ordnung im Reichstagsauschuss nicht unterziehen. Das Defi-
zitar der laufenden Ausgaben wird auf eine Milliarde geschätzt
(Hört, hört!) Mit neuen Steuern und Abgaben ist die Not
nicht zu beheben. Daher hat die Regierung sich bisher mit
Anleihen beholfen. Aber inzwischen hat

der Geldmarkt sein Gesicht verändert.

Viele deutsche Kapitalisten haben in Verleumdung und
mangelnder Staatsgefälligkeit ihr Geld ins Ausland ge-
bracht. Käufe des Treibens dieser Elemente nicht uniere
Finanzen aufs schwerste gefährdet, dann wäre der deutsche
Geldmarkt wohl in der Lage gewesen, unseren dringenden
Finanzbedarf zu befriedigen. So aber waren wir ge-
nötigt, uns an das Ausland zu wenden. Vom Ausland
haben wir die erforderlichen Mittel zu beschaffenden Be-
dingungen erhalten unter der Voraussetzung, daß die Er-
mächtigung zur Aufnahme und Tilgung der Anleihe durch
Gesetz bloßgelegt festgelegt wird. Ich richte an Sie, meine
Herren, die Aufforderung, dasselbe Vertrauen zur deutschen
Wirtschaft und zur Regierung zu haben wie das Ausland.
(Warm und lebhaftes Zurufe rechts und bei den Kommuni-
sten.) Die Reichsregierung hat ihr Sanierungsprogramm
bereits veröffentlicht. Seine Grundlage ist ein vollkommen
ausgeglichener Haushalt für 1931, die Selbständigmachung
der Arbeitslosenversicherung, Ersparnisse auf allen Ge-
bieten, auch bei den Gehältern (Inruhe), Vereinfachung des
beherrschenden Apparates, besonders auf dem Gebiete der
Steuerverwaltung, sowie die Beseitigung eines endgiltigen
Finanzausgleichs durch den den Gemeinden auch die
Bewertung für die Einnahmen aufgestellt wird. Die
Reichsregierung will

keine dauernde Senkung des Reallohnes.

sie will aber das unhaltbar gewordene deutsche Preisge-
bäude unter allen Umständen ins Wanken bringen. Das
ist nicht zu erreichen, wenn nicht auch eine gewisse Bewe-
gungsfähigkeit in die Gehälter und Abgaben gebracht wird. (Inruhe
links.) Alle Schichten des deutschen Volkes müssen Opfer
bringen. Dazu brauchen wir auch die Mithilfe der Be-
amtenhaft.

Eine blutigeere Volkswirtschaft und ein zusammen-
gebrochener Staatshaushalt wären nicht mehr in der

Lage, die Sozialpolitik weiter durchzuführen. Die Re-
gierung wird alles tun, um möglichst viele Arbeits-
willige und Arbeitsfähige wieder in Arbeit und Brot
zu bringen. Unter allen Umständen aber wird sie eine
ausreichende Unterfütterung der Arbeitlosen sicher-
stellen.

Unsere Preispolitik wird vor allem einen wäch-
tigen Schritt zur Wiederherstellung des weltwirtschaftlichen
Gleichgewichts bedeuten. Die Kohlenpreisbildung ist für
die Selbstkosten der ganzen Produktion grundlegend. Die
Bergbauindustrie hat sich bei den von der Regierung ein-
geleiteten Verhandlungen jetzt bereit erklärt, vom 1. De-
zember ab die Preise um 6 Prozent zu senken.

Besonders leidet die Landwirtschaft. Die Regierung
betrachtet es daher als ihre Aufgabe, die Uebererhö-
hung des Preises mit ausländischen Agrarprodukten einzu-
dämmen. Ferner ist eine Senkung des Preises des Bran-
dens des Produktes unserer heimischen Scholle, namentlich
(Weißmalz rechts.) Ein Entschärfungsplan für Treib-
stoffe soll eine Verminderung des Kraftstoffverbrauchs er-
möglichen.

Höchstes Ziel aller deutschen Innen- und Außen-
politik ist die Wiedererringung der nationalen Freiheit.
(Großer Sturm bei den Nat.-Soz. Abg. Dr. Goeb-
bels (Nat.-Soz.) ruft: „Festungstrafe gibt es für
nationale Willensbefundung!“ Abg. Straßer (Nat.-
Soz.) erhält wegen eines Juris einen Ordnungsruf.)
Der Weg dazu kann nur der Weg des Friedens sein,
eine Außenpolitik lehnt die Reichsregierung ab.
(Beifall in der Mitte.)

Nachdem die internationalen Sachverhältnisse ihr Ur-
teil abgesehen haben, ist die deutsche Wirtschaftslage von
Monat zu Monat schlechter geworden. Der Internationalen
Wart für Zahlungsausgleich ist in voller Aussicht die Auf-
gabe zugewiesen worden, im Falle von Schwierigkeiten recht-
zeitig Maßnahmen zur Behebung dieser Schwierigkeiten zu
treffen.

Die Reparationslast darf nicht dazu führen, daß
das deutsche Volk seiner sittlichen und sozialen Grund-
lage beraubt wird.

Die unmittelbare Aufgabe der deutschen Regie-
rung ist es, zunächst Ordnung im eigenen Hause zu
schaffen. (Laut rechts: Erst Brot!) Das ist auch die
Voraussetzung jeder gefundenen Außenpolitik.

Die Versailles-Vertragsbestimmung, daß der er-
zwungenen Abtragung Deutschlands die freiwillige der
anderen folgen werde, ist bisher nicht eingehalten wor-
den. (Abg. Dr. Goebbels (Nat.-Soz.): „Und Sie
bestrafen den Wehrwillen mit Festung!“) Wir werden
uns stets für die Erhaltung der Wehrfähigkeit des
deutschen Volkes einsetzen. (Beifall.) Wir werden aber
auch dafür sorgen, daß die Wehrmacht als feste Stütze
unserer Volks- und Staatsgemeinschaft freigestellt
wird von Einflüssen der Politik. (Beifall und In-
ruhe.)

Reichstagskanzler Dr. Brüning beschloß seine An-
sprechungen mit einem Appell an die Parteien, die Ge-
genstände aus dem Wahlkampf zu verweisen und den
Weg freizumachen für die Freiheit und den Wiederan-
stieg des deutschen Volkes.

Nach der Ranzlerrede entspann sich eine lang-
wierige Geschäftsordnungsdebatte, die schließlich da-
mit ihren Abschluß fand, daß die Ausprache über die
Ranzlererklärung, die anfangs in einer Abendigung
beginnen sollte, auf Freitag 10 Uhr festgesetzt wurde.
Gleichzeitig soll am Freitag das Schuldenbil-
dungs- und Kreditgesetz als besonderer Punkt
der Tagesordnung beraten werden. Die gleichzeitige
Vornahme der zweiten Lesung, gegen die Widerspruch
erhoben worden war, wurde im Zusammenhang mit
295 gegen 219 Stimmen beschloffen. Nachdem dann
noch der Präsident den Eingang eines Mißtrauens-
antrags der Fraktion Deutsches Landvolk gegen den
Reichsaussenminister Dr. Curtius bekanntgegeben hatte,
wurde die Sitzung geschlossen.

Reichstagspräsidium bei Hindenburg.

Reichspräsident von Hindenburg empfing das neue
Präsidium des Reichstags, den Präsidenten Abbe und
die Vizepräsidenten Schür, Esser und Graf. Der
Reichspräsident bat die Mitglieder des Reichstagsprä-
sidiums, in Ernst und Einigkeit ihres Amtes zu wal-
ten und dafür zu sorgen, daß bei den Verhandlungen
die Würde des Reichstages gewahrt werde.

Sachsens Landtag fordert Tributrevision.

Dresden, 17. Oktober.

Im Sächsischen Landtag wurde nach Ablehnung
eines kommunizistischen Antrages, die Youngzahlungen
sogleich einzustellen, ein gemeinsamer Antrag der Na-
tionalsozialisten, der Deutschnationalen, der Landvolk-
volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaft-
spartei, der Demokraten, der Christlichsozialen und
der Volksparteien angenommen, auf die Reichsregie-
rung einzutreten, daß sie angeht der wirtschaftlichen
Lage mit allem Nachdruck und befehlsmäßig sich be-
müht, Verhandlungen zur Revision des Youngplans
einzuleiten.